Arbeiterbewegung

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **24 (1932)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

banken werden keine Angaben darüber gemacht. Bei drei Banken sind an der Generalversammlung Erklärungen abgegeben worden über die Stillhaltegutthaben. Diese betragen beim Bankverein 91 Millionen, wovon 9 Millionen auf deutsche Banken, 75 Millionen auf andere deutsche Firmen und der Rest auf Guthaben in Oesterreich und Ungarn entfallen. Leu & Cie. hat 25 Millionen Stillhalteguthaben, wovon 3 Millionen auf Banken entfallen. Von der Volksbankdirektion wurden nur die Bankguthaben angegeben, die in Deutschland 22,6 Millionen betragen; ausserdem entfallen 8 Millionen auf Oesterreich und Ungarn.

Die Dividende ist mit einer Ausnahme auf allen Grossbanken reduziert worden. Die Kreditanstalt hat, um ihr Prestige zu wahren, wiederum die seit 37 Jahren aufrecht erhaltene Dividende von 8 Prozent beschlossen. Bei der Diskontbank fällt die Dividende aus, da noch 16 Millionen buchmässige Verluste ausgewiesen werden. Die durchschnittliche Dividende der acht Institute sank von 7,2 auf 5,1 Prozent. Zuweisungen an die Reserve erfolgen diesmal nicht, da die Gewinne ganz knapp für die Dividende reichten. Einzig die Volksbank hat eine ganz bescheidene Reservedotierung von 0,35 Millionen vorgenommen.

Die gegenwärtige Krise trifft die Grossbanken weit schärfer als die letzte Krise 1921/22. Dank der Rückstellungen, die in den Hochkonjunkturjahren vorgenommen wurden, sind sie freilich besser gewappnet als vor 10 Jahren. Dennoch werden sich die Krisenfolgen für die Grossbanken noch mehrere Jahre spürbar machen. Der starke Vorsprung, den die Grossbankgruppe durch ihr rasches Wachstum in den letzten Jahren vor den Kantonalbanken erzielt hatten, geht jetzt zum Teil wieder verloren. Ob nach Ueberwindung der Krise das Grossbankkapital wieder mit verstärkter Konzentrierung seiner Machtstellung einsetzen kann, wird die Zukunft lehren. Wir halten es für wahrscheinlich, denn die Vergesslichkeit des Publikums und der öffentlichen Meinung ist grenzenlos und es wird nach ein paar Jahren guten Geschäftsgangs kaum noch jemand an die üblen Erfahrungen denken, die mit der Kapitalexportpolitik der Grossbanken gemacht worden sind.

Arbeiterbewegung.

Schweizerische Gewerkschaftsbewegung.

Ein Jubilar.

Anfangs Juli dieses Jahres werden 25 Jahre vergangen sein, seit Genosse Hermann Müri sein Amt als Arbeitersekretär für den Kanton Aargau angetreten hat. Eine lange Zeit! Dass sie fruchtbar gewesen ist, dafür legt der heutige Stand der aargauischen Gewerkschaftsbewegung beredtes Zeugnis ab. Als das kantonale Arbeitersekretariat im Jahre 1907 gegründet wurde, gehörten ihm — inklusive Grütlivereine — insgesamt 2155 Mitglieder an — heute ist die Mitgliederzahl auf über 15,000 angewachsen. Wir treiben in unsern Organisationen keinen Personenkult, aber es ist gewiss, dass Genosse Müri in seiner unermüdlichen Tätigkeit zu diesem Aufstieg vieles beigetragen hat. Genosse Müri ist heute 57 Jahre alt und er steht auch jetzt noch mitten drin in der Arbeiterbewegung, mitten drin im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung weiss seine Arbeit zu würdigen und sie verbindet mit ihrem Dank den freudigen Wunsch, dass es dem Genossen Müri noch viele Jahre vergönnt sein möge, für die Arbeiterbewegung zu wirken und neue Erfolge mitzuerleben.

Bau- und Holzarbeiter.

Die Plattenlegerfirmen auf dem Platze Zürich hatten den Tarifvertrag gekündigt. Allerdings hatten sie erklärt, keinen Lohnabbau vornehmen zu wollen; dafür versuchten sie auf Umwegen zum Ziel zu kommen. Sie wollten die Zulagen auf die Hälfte herabsetzen und wollten einen neuen Vertrag nur auf sechs Monate abschliessen. Die Arbeiter wehrten sich dagegen; mit einigen Firmen, die dem Unternehmerverband nicht angehörten, konnten vertragliche Abmachungen getroffen werden, die im grossen ganzen dem bisherigen Tarifvertrag entsprechen. Durch Spruch des Einigungsamtes sollte auch bei den Verbandsfirmen ein ähnlicher Vertrag wieder abgeschlossen werden. Die Arbeiter nahmen den Entscheid an — die Unternehmer lehnten ihn ab. So kam es zum Streik.

Nach 15tägiger Dauer wurde der Konflikt beendet, und zwar für die Arbeiterschaft mit einem vollen Erfolg. Nicht nur konnten die Verschlechterungen abgewehrt werden; es konnten sogar Verbesserungen durchgesetzt werden. Die Verbesserungen beziehen sich auf die Ferienentschädigungen für Plattenleger (nach halbjähriger Beschäftigung 2 Prozent, statt wie bisher 1½ Prozent; nach fünfjähriger Beschäftigung 3 Prozent, statt wie bisher 2 Prozent). Neu konnte für Handlanger ebenfalls eine Ferienentschädigung erreicht werden, und zwar nach einjähriger Beschäftigung 1½ Prozent, nach drei Jahren 2 Prozent des ausbezahlten Lohnes. Der neue Vertrag hat Geltung für die Dauer eines Jahres.

Bekleidungs- und Ausrüstungsindustriearbeiter.

Von den im allgemeinen seitens des schweizerischen Gewerbes eingenommenen Haltung abweichend haben die Schneidermeister nunmehr zu einer Lohnabbauattacke in der Maßschneiderei ausgeholt. Das lässt sich wohl nur daraus erklären, dass einige mächtige Herren dieses Verbandes glauben, angesichts der Zersplitterung unter den Arbeitnehmern einen leichten Erfolg verwirklichen zu können. Der wirtschaftlichen Einsicht der führenden Personen stellt dieses Vorgehen jedenfalls kein günstiges Zeugnis aus.

Verlangt wurde zunächst ein Lohnabbau von 15 Prozent. An einer ersten Verhandlung mit den beteiligten Organisationen wurde sodann seitens der Meister vorgeschlagen, einen differenzierten Abbau vorzunehmen, und zwar 10 Prozent auf Großstücken und 12 Prozent auf Kleinstücken. Es kam zu keiner Einigung, da die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter jeden Lohnabbau ablehnten. In der Folge machte der Meisterverband ein schriftliches «letztes» Angebot: Abbau von 5 Prozent auf Großstücken und 7 Prozent auf Kleinstücken ab 1. April 1932 — weiterer Abbau von je 5 Prozent ab 1. Oktober 1932. Eine Konferenz der Schneidersektionen des Bekleidungs- und Ausrüstungsindustriearbeiterverbandes hat es in der Folge einmütig abgelehnt, auf schriftlichem Wege auf dieses «letzte Angebot» einzutreten und fordert die sofortige Aufnahme der seinerzeit vom Meisterverband in Aussicht gestellten direkten Verhandlungen. Die weitere Entwicklung des Konfliktes bleibt abzuwarten.

Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe.

Am 22. März fand im Volkshaus in Bern eine stark besuchte Abgeordnetenversammlung des Föderativverbandes statt, die sich neben den ordentlichen Verbandsgeschäften mit dem Wirtschaftsprogramm des Bundes-

rates und dem darin vorgesehenen Lohnabbau für das eidgenössische Personal zu befassen hatte. Ein einleitendes Referat des Genossen Nationalrat Bratschi, welches in klarer und überzeugender Weise den Unsinn der Deflationspolitik nachwies, fand den stürmischen Beifall der Delegierten. In der Diskussion wandten sich vor allem die Abgeordneten, die sich aus dem aktiven Personal rekrutieren, mit aller Schärfe gegen jeden Angriff auf die Lohn- und Gehaltspositionen und die Parole: «Kampf jedem Lohnabbau!» wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche das Wirtschaftsprogramm des Bundesrates als einen Versuch bezeichnet, die Folgen der Krise auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen und die die Geschäftsleitung des Föderativverbandes auffordert, jedem Versuch des Abbaues der Besoldungen und Löhne in den öffentlichen Betrieben oder der sonstigen einseitigen Belastung des Personals kategorisch entgegenzutreten.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Ausschußsitzung des I. G. B. in Bern.

Vom 16. bis zum 18. März tagte in Bern die ordentliche Sitzung des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, an welcher ausser den Mitgliedern des Vorstandes 21 Delegierte der angeschlossenen Landeszentralen und 26 Vertreter der Berufsinternationalen teilnahmen.

Der erste Tag war den Begrüssungsansprachen der Gäste und der Diskussion über den Tätigkeitsbericht des Sekretariats gewidmet. Dem Bericht des Genossen Schevenels war zu entnehmen, dass sich die Zahl der angeschlossenen Mitglieder trotz der Krise und Arbeitslosigkeit um rund 500,000 vermehrt hat, so dass der I. G. B. jetzt wieder über 14 Millionen Mitglieder zählt. Um den Kampf der Arbeiterklasse gegen Krise und Krisenfolgen zu vereinheitlichen, wird im April in Genf eine Konferenz mit den nichtangeschlossenen Landeszentralen stattfinden. Es soll auch versucht werden, mit den amerikanischen Gewerkschaften und mit den Organisationen im fernen Osten einen bessern Kontakt herzustellen. Neu aufgenommen wurden die Landeszentralen von Niederländisch-Indien und von Litauen.

Der zweite Tag brachte in geschlossener Sitzung eine gründliche Aussprache über die Frage der Eingliederung der Internationalen Berufssekretariate in den I. G. B., doch soll am bisherigen Zustand einstweilen nichts geändert werden. Zu einer sehr lebhaften und gründlichen Aussprache gab das Haupttraktandum «Arbeiterschaft und Wirtschaftskrise» Anlass, wozu Th. Leipart vom A. D. G. B. das einleitende Referat hielt. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer einmütig angenommenen Entschliessung niedergelegt. Darin wird festgestellt, dass es ohne Umgestaltung der Wirtschaft eine dauernde Lösung der Krise nicht geben kann; als sofortige Massnahmen zur Linderung der Krise wird grosszügige Arbeitsbeschaffung und rasche Einführung der 40stundenwoche gefordert (einen energischen Vorstoss wird die Arbeitergruppe an der diesjährigen internationalen Arbeitskonferenz unternehmen).

Die sozialpolitischen Richtlinien konnten infolge vorgeschrittener Zeit nicht mehr behandelt werden und wurden dem Vorstand zu weiterer Prüfung überwiesen. Der nächste internationale Gewerkschaftskongress wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte Juli 1933 in Brüssel stattfinden.